

Protokoll der 3. Sitzung des Bezirksschulbeirats (BSB) Charlottenburg-Wilmersdorf

Zeit/Ort:

19.03.2015, 19:30-22:05 Uhr,

Rathaus Charlottenburg, Minna-Cauer-Saal, Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin

Teilnehmer:

Frau Rudnick, Schulaufsicht (zu TOP 1+2)

Herr Redel, Schulträger (zu TOP 1+2)

Vertreterinnen und Vertreter der Eltern, Lehrkräfte und Schülerschaft lt.

Anwesenheitsliste

Leitung: Sebastian Semler (Vorsitzender des BSB, BEA Gothe-Gymnasium)

Protokoll: Karin Bergmann (BLA Schiller-Gymnasium)

Tagesordnung:

TOP 1 Begrüßung und Beschlussfassung

über Tagesordnung, Protokollführung, Verabschiedung von Sitzungsprotokollen

TOP 2 Aktuelle halbe Stunde – Fragen an Schulaufsicht und Schulträger

TOP 3 Schwerpunktthema: Neue Rahmenlehrpläne

Diskussion, Meinungsbildung; Beschlussfassung

TOP 4 Berichte aus den Gremien

TOP 5 Anträge

TOP 6 Verschiedenes

Zu Top 1 Begrüßung und Beschlussfassung

Die Tagesordnung und das Protokoll der Sitzung vom 26.2.2015 werden ohne Änderung verabschiedet. Der Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zu TOP 2 Aktuelle halbe Stunde – Fragen an Schulaufsicht und Schulträger

Frau Rudnick (Schulaufsicht), Herrn Redel (Schulträger)

1. (an Schulaufsicht und Schulträger)

Beim 40-jährigen Jubiläumskonzert der musikbetonten Grundschulen am 18.02.2015 in der Berliner Philharmonie wurde angedeutet, dass erstmals seit 1997 die musikbetonten Grundschulen nunmehr um eine 16. Schule in der Stadt erweitert werden sollen – und dass es sich um einen Standort in Charlottenburg-Wilmersdorf handeln sollte. Der Bezirk hat ja

derzeit noch keine musikbetonte Grundschule (im Gegensatz zu allen anderen Bezirken, neben Treptow-Köpenick).

- *Gibt es hierzu einen offiziellen Beschluss?*
- *Welche Grundschule ist vorgesehen bzw. wie wird das Auswahlverfahren sein?*
- *Wann wird mit der Einführung der Musikbetonung an der betroffenen Grundschule in Charlottenburg-Wilmersdorf zu rechnen sein?*

Frau Rudnick (Schulaufsicht) antwortet:

Es ist kein offizieller Beschluss vorhanden. Es liegt nichts Schriftliches vor, weder im Bezirk noch im Senat.

Wenn es zu einem Beschluss kommen würde, würde gemeinsam durch Schulaufsicht und Schulträger ein Interessenbekundungsverfahren folgen, in dem sich alle Schulen mit einem Konzept bewerben könnten.

Die Einrichtung einer musikbetonten Grundschule hängt von den Haushaltsmitteln in Berlin ab. Der Doppelhaushalt für die nächsten 2 Jahre muss noch beschlossen werden. Der Vorsitzende des BSB erinnert, dass Senatorin Scheeres eine öffentliche Willensbekundung, eine 16. musikbetonte Grundschule einzurichten, in der Philharmonie abgegeben hatte (s.o).

2. *(an den Schulträger)*

Das Goethe-Gymnasium hat am 28.02.2014 einen Antrag auf Ersatzbeschaffung für den Computerraum gestellt. Wie ist der Sachstand, wann ist mit der Möglichkeit der Ersatzbeschaffung zu rechnen?

Herr Redel (Schulträger) antwortet:

Die Schulen erhalten grundsätzlich im Rahmen der eigenverantwortlichen Schule finanzielle Mittel zur Beschaffung von Lehr- und Lernmitteln. Aus diesem Haushalt müssen auch Computer beschafft werden. Erst wenn diese ausgegeben sind, können Sondermittel beantragt werden. Die Schulen haben die Möglichkeit, Rücklagen zu bilden. Im konkreten Einzelfall wird Herr Redel sich in den nächsten Tagen mit der Schulleiterin in Verbindung setzen.

Diskussion:

Die Schulen haben sehr große Schwierigkeiten, im Rahmen ihres Finanzhaushaltes größere Anschaffungen zu tätigen, weil die Mittel zu knapp bemessen sind. Es bestehen laufend notwendige Anschaffungen neuer der Lehr- und Lernmittel, z.B. bei der Einführung eines neuen Lehrwerkes (Bücher) oder die verpflichtende Beschaffung von Geräten für das Zentralabitur in den Naturwissenschaften. Größere Posten an Computern, die systembedingt gleichzeitig in höherer Stückzahl angeschafft werden müssen, und der dazugehörigen Lizenzen können dann nicht mehr im Finanzhaushalt der Schulen berücksichtigt werden.

Ein Elternvertreter gibt an, dass in der Pressemitteilung steht, dass Ch-Wi einen Haushaltsüberschuss erwirtschaftet hat.

Herr Redel sagt, dass die den Schulen zur Verfügung gestellten Gelder vollständig ausgegeben wurden.

Eine Lehrervertreterin fragt, ob der Bezirk mehr Geld beim Senat beantragen kann, wenn die Mittel im Bezirk für die Schulen so nicht ausreichen.

Herr Redel will sich mit der Art und Weise der Verteilung der finanziellen Mittel an die Schulen noch einmal beschäftigen, um bei einem nächsten Mal auch zahlenmäßig Auskunft geben zu können.

3. *(an Schulaufsicht und Schulträger)*

Das Goethe-Gymnasium hat im Frühjahr 2014 einen Antrag auf offenes Ganztagesangebot gestellt. Wie ist der Sachstand, wann ist mit einer Entscheidung zu rechnen?

Frau Rudnick (Schulaufsicht) antwortet:

Auch hier hängt das weitere Verfahren von der Verabschiedung des Doppelhaushalts 2016/17 ab. In diesem sind Mittel für Ganztagesbetrieb an Gymnasien vorgesehen. Mehrere Gymnasien stehen zur Auswahl. Die Senatsschulverwaltung wird dann entscheiden. Frühester Start könne demnach das Schuljahr 2016/17 sein.

4. *(an den Schulträger)*

Entgegen den Absprachen im Sondergespräch zum Oberschulesen von BSB und Schulamt am 11.02.2015 werden derzeit Caterer in den von der Kündigung der „3 Köche“ betroffenen Schulen vorstellig, um Alternativangebote abzugeben, die zudem völlig inadäquat sind (auf dem Niveau von „Pommes & Cola“). Diese Anbieter sollen vom Schulamt hierzu aufgefordert bzw. vermittelt worden sein.

- *Wieso erfolgt zu diesem die Abgabe von (inadäquaten) Alternativangeboten? Warum wird nicht, wie abgestimmt, prioritär mit Hochdruck an einer einvernehmlichen Lösung mit dem bisherigen Caterer im Sinne des Resultats des Gesprächs vom 11.02.2015 gearbeitet?*
- *Ist mit einer definitiven Rückmeldung im Rahmen der vereinbarten Frist (13.04.2015) zu rechnen?*
- *Wann wird einer Antwort der Bezirksstadträtin auf den Brief der 4 betroffenen GEVEN vom 23.02.2015 zu rechnen sein?*

Herr Redel (Schulträger) antwortet:

Keine weiteren Ergebnisse, die Verhandlungen mit dem Caterer „3 Köche“ laufen. Vom Schulamt ist kein Caterer aufgefordert worden, sich an die Schulen zu wenden.

Jeder Caterer kann sich bewerben, in gekündigte Verträge einzutreten. Ein größerer Caterer DVL hat nach dem Stand im Bezirk gefragt und sich dann an die Peter Ustinov gewandt. Auch im Goethe-Gymnasium ist ein Caterer vorstellig geworden.

Die Gespräche laufen über Frau Hoffmann vom Facility-Management. Die Verhandlungen gehen von den derzeitigen Betriebskosten aus.

Herr Redel macht deutlich, dass eine Frist zum Abschluss der Vereinbarungen zu April nie vereinbart worden sei, sondern von einer Entscheidung „bis zum Juni“ gesprochen wurde. Eine Antwort der Bezirksstadträtin Frau Janzen steht noch aus. Für ein Antwortschreiben war noch keine Zeit.

5. *(an die Schulaufsicht)*

Gibt es Fortschritte hinsichtlich der Schulleitung Wald-Grundschule?

Frau Rudnick (Schulaufsicht) antwortet:

Die Stelle wird neu ausgeschrieben, wie die Eltern es wünschten.

6. (an den Schulträger)

Die Schulen müssen Bücher für die lernmittelbefreiten Schülerinnen und Schüler vorrätig halten. Kommen diese Mittel aus dem Lernmitteletat der Schule oder gibt einen Extraetat? Die Rahmenlehrpläne werden demnächst geändert. Gibt es dann extra Gelder für die Mehrbedarfe an Büchern?

Hr. Redel (Schulträger) antwortet:

Herr Redel wird sich informieren und auf der nächsten Sitzung die genauen Verfahrensweisen und Zahlen vortragen.

Die Frage wird vertagt.

7. Herr Redel (Schulträger) informiert:

Zusätzliche Mittel sollen aus dem Sonderprogramm Infrastruktur der wachsenden Stadt (SIWA) bereitgestellt werden. 120.000 € soll in die Bezirke gehen, 70% für die Schulen, 30% für sonstige Einrichtungen, d.h. pro Bezirk: 4,4 Mill. für Sanierungs- und Erweiterungsmaßnahmen im Gebäudebestand.

Verfahren: Die Serviceeinheit Facility-Management hat eine Vorschlagsliste erarbeitet. Das Bezirksamt wird entscheiden (BA-Beschlüsse). Es existieren Sanierungsstaulisten. Darüber hinaus gibt es zusätzlich pro Bezirk 1 Mill. extra für Schultoiletten.

Die Mittel müssen in 2016/17 verausgabt sein.

Der Baubereich sieht sich personell in der Lage, Aufträge zu vergeben und die Mittel auszugeben.

Ein Elternvertreter fragt nach einer Sanierungsliste. Herr Redel sagt, dass diese nicht öffentlich ist, will sich aber beim Facility Management kundig machen, was offiziell an den BSB weitergegeben werden kann.

8. Frau Rudnick (Schulaufsicht) informiert:

Das Thema Rahmenlehrpläne ist am selbigen Tage im Abgeordnetenhaus behandelt worden, Ergebnisse liegen noch nicht vor. Die Erörterungsphase wird voraussichtlich nicht verlängert. Der Fahrplan bleibt bestehen.

9. Herr Redel (Schulträger) informiert:

Hr. Medrow von der Senatsverwaltung hat die Schulleitungen von der Regelung für die Schulverpflegung der Flüchtlingskinder informiert.

Der Anspruch auf BuT-Leistungen ist nicht ausreichend, weil immer noch 1€ für das Schulessen bezahlt werden müsste. Es besteht die Frage, ob nicht die Härtefallregelung greift (Verantwortlichkeiten: Schulamt, UGB-Bereich, Jugendamt OGB-Bereich). Das sind dann Einzelfallentscheidungen. Die Caterer sind in diesem Punkt großzügig. Pro Essen sind Kosten von 3,25 € im Grundschulbereich ohne Betriebskosten ausreichend.

TOP 3 Schwerpunktthema: Neue Rahmenlehrpläne (RLP)

Diskussion, Meinungsbildung; Beschlussfassung

Impulsvortrag der Schulmultiplikatorin Frau Kundt (Comenius-Schule, Bereich Inklusion mit 6 Niveaus in Kl 7-10)

Sie wurde am 16.03.2015 im LISUM offiziell geschult.

- Kurze Erläuterung der allgemeinen Ziele des RLPes in Erziehung und Bildung.
- Teil A: Der große Bereich der Lern- und Leistungsbewertung lag nicht vor.
- Teil B: Zwei große übergeordnete Kompetenzen: Sprachbildung und Medienbildung. Die Auswirkungen auf die Mittel werden nicht thematisiert. Die Medienbildung hängt nicht von dem Vorhandensein von Computern ab. Die Diskussion im Morgenkreis über das was am Wochenende im Fernsehen und im Internet gesehen wurde, wäre auch Medienbildung.
- Sprachbildung ist in jedem Unterrichtsfach Thema. Keine Auskunft wie Sprachbildung in der Vielfalt der Kinder umsetzbar sind.
- Niveaustufen sind den Abschlüssen zugeordnet. Hinter jeder Niveaustufe steht ein Wissenstand.
- Eine pädagogische Werkstatt erstellt Aufgabenformate in den einzelnen Niveaus. Eine Internetplattform mit Präsenzaufgaben ist im Entstehen. Es besteht die Frage, wie die Kolleginnen und Kollegen mit Aufgaben, die andere erstellt haben, arbeiten können.
- Mit der Erweiterung der Niveaus gibt es einen Paradigmenwechsel. Es fehlt eine Prozessbegleitung. Ein Studientag kann dazu beitragen, dass sich Kollegien verständigen.
- An der Comenius-Schule haben SuS Schwierigkeiten überhaupt zu schreiben.
- Die Anhörung soll nicht verschoben werden. Die Vielzahl der Rückmeldungen soll ausgewertet werden. Es bestehen personelle Engpässe.
- Schulprozessbegleiter werden inhaltlich bis März 2016 fortgebildet, um die Implementierung des RLPs in den Schulen auf Nachfrage zu unterstützen. Fortbildungskoordinatorin Gisela Gessner.

Nachfragen:

- Worin bestand der Bedarf, die RLPe zu überarbeiten?
Per Gesetz sind RLPe alle 10 Jahre zu überarbeiten.
Der RLP musste entschlackt werden, um in den Schulen den Druck herausnehmen, den Stoff zu schaffen. Kompetenzen sollen herausgebildet werden.
- ABER: Wie werden Kompetenzen bewertet? Frage nach kompetenzorientiertem Zeugnis?
- Der Förderbereich Lernen ist nicht aufgelöst, Pilotschulen arbeiten bereits so.
- Kein Dozent an der Uni hätte jemals gesagt, dass Wissen entschlackt werden müsste. Im Gegenteil, SuS kommen mit immer weniger Wissen.
- Bestimmte Inhalte müssen behandelt werden, weil die Prüfungen im MSA und Zentralabitur bestehen bleiben. Prüfungsformen müssen überdacht werden. Lernstandserhebungen existieren in einigen Fächern, z.B. Vera8.
- Information: Am 21.03.2015 ist eine Tagung des Landes-Eltern-Rates. Frau Dr. Weber vom LISUM referiert. (Einladung siehe Anlage.)
- Was ist der prägnanteste Unterschied zum bisherigen RLP?
Es soll dann einen RLP in 8 Niveaustufen über 10 Jahre hinweg geben, anstatt der 3 Rahmenlehrpläne der Grundschule, Sonderschule und Sek I, die in Doppeljahrgängen aufgebaut sind.

Auch das Gymnasium darf nun differenziert nach Niveaustufen Klassenarbeiten stellen, aber der Lernstand muss letztlich erreicht werden.

- Frage von Seiten der Schülerschaft nach Bewertungssystem nach Niveaustufen: Die Verhandlungen stehen noch an. Ein Bewertungssystem soll es aber zum Start der RLP geben. Die Gespräche sind nicht öffentlich.
- Eltern befürchten bei einer Förderung jedes Kindes nach seinem Potenzial eine größere Kluft zwischen Kindern aus bildungsorientierten und nichtbildungsorientierten Haushalten.
- Der RLP 1-10 steht für sich und hat einem Bruch zur Oberstufe. In einigen Fächern werden nicht mehr die Voraussetzungen für den RLP Sek II geschaffen (Bsp. Kunst), deren Ziel die Studierfähigkeit ist.
- Es steht die Frage, ob es ein Zeugnis gibt, in dem die Niveaustufen ausgewiesen sind. Früher gab es das FEQA-System mit Umrechnungszahlen der Noten. Bei 8 Niveaustufen ist das noch nicht geklärt.
Auf den Zeugnissen an den ISSen stehen die Noten mit E und G-Niveau ausgewiesen. Wie können Eltern das Zeugnis lesen? Wer bestimmt, in welchen Niveaustufen die Schülerinnen und Schüler unterrichtet werden?
Die Schulen können sich dann auch sehr unterschiedlich entwickeln.
Die Niveaustufen werden als diskriminierend empfunden.
- Frau Kundt betont, dass nicht jedes Kind Abitur macht. ISSen brauchen nun eine Möglichkeit, der Vielfalt gerecht zu werden. Das Angebot an Stoff muss da sein. Die Gymnasien sind etwas außen vor, weil die Kinder immer eine kognitive Vorbildung haben.
Es gibt aber eine Abiturquote von ca. 40% in Berlin, für die dieser RLP 1-10 auch steht.
- Es fehlt eine realistische Betrachtung der Bildungsziele nach der Schule. Man braucht Wissen und Kompetenz! Eine ausgeprägte Differenzierung schafft eine Nichtvergleichbarkeit und hat Folgen in Eignungstests.
- Wie viele Schulprozessbegleiter hat der Bezirk? 20
Die Schulen bekommen 2 Begleiter, die sie bei der Erstellung eines schulinternen Curriculums unterstützen. Das ist neu. Lehrerinnen und Lehrer sollen im Team arbeiten, wobei die äußeren Bedingungen das nicht immer hergeben. Bei Brennpunktschulen gibt es diese Jahrgangsteams. Eltern sollen in den Prozess mit einbezogen werden.
- Neu ist, dass Rahmenlehrpläne überhaupt zur Anhörung der Öffentlichkeit gegeben wurden. Das ist ein neuer Demokratisierungsprozess, der nun auch gegangen werden muss.
- Abfrage: Ist ein Beschluss zum RLP gewünscht?
Einstimmig angenommen bei 4 Enthaltungen.

Beschlussfassung zum RLP:

Der BSB beschließt Eckpunkte einer Stellungnahme zum RLP: Hierin wird die Möglichkeit der Kommentierung wie auch die grundsätzlich Modernisierung und Anpassung an heutige Gegebenheiten begrüßt. Kritisch kommentiert werden die Punkte:

- zu kurze Zeitplanung für Kommentierung und Implementierung,
- adäquate und nachhaltige Ressourcen, die Voraussetzung sind für die Realisierung der Vorgaben des neuen RLP, sind nicht gesichert,
- hoher Fortbildungsbedarf in Ressourcen- und Zeitplanung nicht berücksichtigt,

- Kompetenz- & Leistungsbewertung ist noch nicht veröffentlicht – ohne dies ist die Gesamtmaßnahme schwerlich zu beurteilen,
- Vergleichbarkeit in allen Fächern und Altersstufen (analog VERA) ist bei aller Differenzierung wichtig, insbesondere bei den Abschlüssen,
- Kompetenz- und Wissensvermittlung müssen gleichermaßen berücksichtigt werden,
- übergeordnete Bildungsziele sind nicht hinreichend im RLP berücksichtigt,
- Kritik am Längsschnitt-Ansatz in den Gesellschaftswissenschaften.

Der BSB verweist zudem auf die Stellungnahmen des BLA, des BEA und des LSB. Die Stellungnahme wird mehrheitlich bei einer Gegenstimme ohne Enthaltungen beschlossen und beauftragt den BSB-Vorstand zur Erstellung einer Textfassung und Übermittlung an die Senatsschulverwaltung.

(Die ausformulierte Stellungnahme findet sich in der Anlage.)

TOP 4 Berichte aus den Gremien

- BLA: Willkommensklassen sollen wegen Diskriminierung nun „temporäre Lerngruppen“ heißen.
- LSB: Der aktuelle Schulentwicklungsplan für Gesamt-Berlin ist behandelt worden.

TOP 5 Anträge

Zu den Berichtspunkten der Sitzungen werden zwei Beschlussvorlagen verfasst und zur Abstimmung gestellt:

1. Ersatzbeschaffungen aus Sondermitteln

Der Bezirksschulbeirat Charlottenburg-Wilmersdorf fordert die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft und den Schulträger auf, notwendige Ersatzbeschaffungs- und Reparaturkosten für Computer, Interactive Whiteboards etc. künftig aus Sondermitteln und nicht aus den Lehrmitteleinsatz der Einzelschulen zu finanzieren. (Begründung siehe Anlage.)

Die Beschlussvorlage wird einstimmig angenommen.

Beschluss siehe Anlage.

2. Musikbetonte Grundschule

Der Bezirksschulbeirat Charlottenburg-Wilmersdorf (BSB Ch-Wi) begrüßt nachdrücklich die Ankündigung der Schulsenatorin, eine 16. musikbetonte Grundschule in der Stadt einführen und diese im bislang keinen solchen Schultyp aufweisenden Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf ansiedeln zu wollen.

Der BSB Ch-Wi fordert die Senatsschulverwaltung, die regionale Schulaufsicht und den Schulträger im Bezirk auf, die Umsetzung dieser Ankündigung zügig in Angriff zu nehmen, damit schnellstmöglich dieses positiv evaluierte und

wertvolle Angebot den Schülern der Stadt auch in unserem Bezirk gemacht werden kann.

Die Beschlussvorlage wird einstimmig angenommen.

Beschluss siehe Anlage.

TOP 6 Verschiedenes

- Ein Elternvertreter weist darauf hin, dass Mittel für freiwillige ehrenamtliche Tätigkeit beantragt werden können (Programm „Freiwilliges Engagement in Nachbarschaften (FEIN)“). Antragsformular auf der Homepage des Bezirks (siehe Anlage).

5 Anlagen